

Höchst-Landesherrliche Verordnung.

Seine Churfürstliche Durchlaucht zc. erinnern sich zwar noch gnädigst der unterm 3ten Mai 1793. wegen Abtheilung der Gemeindswaldungen im Drucke erlassenen höchsten Verordnung: — Da aber die Churfürstliche obere Landesregierung nach gepflogener Benehmung mit der Churfürstlichen Hofkammer über nachstehende Anstände, welche in den vorkommenden Vertheilungsfällen sich darstellen, um nähere höchste Entschliesung gebethen, nämlich

- 1) daß noch kein Maas festgesetzt ist, wie groß die Theile seyn müssen, oder vielmehr, wie klein sie seyn dürfen, um eine Vertheilung zu gestatten;
- 2) ob die Vertheilungen in capita gehen, oder welcher anderer Maasstab dabey zum Grunde gelegt werden solle;
- 3) was in Ansehung der, für Gemeindgebäude, Dörr- und Flachsbrechhäuser, Wege und Stege vorzubehaltenden Theile zu beobachten sey;
- 4) wie es in Ansehung des Eigenthums und Grundbarkeit solcher Holztheile gehalten werden solle; —

So haben Höchst dieselben vermöge gnädigsten Specialrescripts vom 3ten d. h. hierüber die Erläuterung dahin ertheilt, und verordnen gnädigst:

Sobiel ad 1. den größern oder kleinern Flächeninhalt der Holztheile, und die darnach zu bemessende Thunlich- oder Unthunlichkeit der Vertheilung betrifft; so hängt dieses von der in jedem einzelnen Falle sich darstellenden, lokalen Vor-

X

frage

frage ab: ob ein jedes Gemeindeglied aus seinem Anthelle künftigh und mit Rücksicht auf die Perpetuität des Holzstandes eben so viel Holz beziehen könne, als es zuvor rechtmäßig, und den übrigen Gemeindegliedern unschädlich, aus dem gemeinschaftlichen Walde gezogen hatte? — Dieses zu entscheiden, ist das Geschäft der Forstbehörde; und deswegen haben Seine Churfürstliche Durchlaucht unterm 6ten October 1792. verordnet, daß alle Vertheilungen in Gegenwart und mit Zuziehung des einschlägigen Churfürstlichen Forstmeisters und Revierförsters geschehen sollen, welche also in zweifelhaften Fällen um Bericht und Gutachten zu vernehmen sind. —

Ad 2. Soll es zwar jeder Gemeinde frey stehen, sich über die Art und Weise der Vertheilung unter sich zu verstehen, und gemeinschaftlich zu vergleichen: — im Falle aber, wo ein solcher Vergleich nicht zu Stande käme, oder von einem ansehnlichen Theile der Gemeinde widersprochen würde, soll nach der höchsten Verordnung vom erwähnten 6ten October der Besistand, das heißt, die bisherige Nutzung eines jeden Gemeindegliedes zum Maaßstabe genommen werden. — Wenn aber auch hierüber nichts richtiges und bestimmtes gefunden würde; so soll der nämliche Maaßstab gelten, welcher vermöge neuester höchster Verordnungen bey übrigen Gemeindevtheilungen bereits angenommen und in Uebung ist; dergestalt nämlich, daß, wenn den ganzen, drey Viertel, und halben Hofe drey Tagwerke treffen, ein Viertel- und Achtelgüthler zwey, ein Sechzehntler $\frac{1}{2}$, und Leerhäusler ein Tagwerk erhalten solle.

Ad 3. Bringen es schon die Regeln einer guten Forstordnung mit, daß in Benützung eines Forstes auf besondere und außerordentliche Fälle, mithin bey Gemeindevwaldungen, auf die sich ereignenden, gemeinen Bedürfnisse vorzügliche Rücksicht genommen, und dazu etwa ein unverletzbarer Reserv-

ferschlag vorbehalten werde. Diesen zu erhalten, ist also bey den Abtheilungen entweder, wo es thunlich ist, und sich die vertheilende Gemeinde dazu versteht, auf einem besondern leicht zu hegenden, und den Holzdiebereyen nicht zu sehr ausgesetzten, auch mit einem, zu Erzielung des benötigten Holzes, tauglichen Boden versehenen Plage eine solche Reserve vorzubehalten, oder es ist gleich bey der ersten Anlegung der Schläge eine solche Eintheilung durch die Forstbehörde anzugeben, und der Gemeinde zur unüberschreitbaren Vorschrift zu machen, damit schon in der Anzahl der Jahresschläge die jeweiligen gemeinen, sowohl ständigen als zufälligen Bedürfnisse vollkommen gedeckt und gesichert seyen. In diesem Falle also haben sämtliche Theilhaber sammt und sonders zum gemeinen Bedürfnisse beyzutragen, und wenn dann dasselbe nur aus den Theilen einiger Gemeindeglieder zu erhalten thunlich oder hinreichend ist; so muß denselben für solchen Fall dafür von den übrigen der Ersatz entweder in natura, oder im Gelde geleistet werden, wozu sich alle gleich bey der ersten Vertheilung verbindlich zu erklären haben.

Ad 4. ist ein vorzügliches Augenmerk darauf zu nehmen, daß solche Waldtheile nie unter die Grundbarkeiten gezogen werden können, und deswegen muß bey jedem Anlasse die Vorsicht eintreten, daß dieses bestimmt ausgedrückt werde, damit der landesfürstlichen Jurisdiction und Grundbarkeit nicht nach und nach präjudizirt, und die Grundherren der Güter höhere Stiften und Landemien zu nehmen veranlaßt werden. — Es ist auch deswegen in der mehrmal angeführten höchsten Verordnung vom 6ten October 1792. zwar bereits vorgesehen; — weil aber aus neuerlich vorgebrachten Anständen erscheint, daß dadurch noch nicht alle Zweifel gehoben sind, so haben Seine Churfürstliche Durchlaucht zc. für nöthig erachtet, folgende, näher erläuternde Entschließung zu fassen; — und zwar in Ansehung der

der Grundbarkeit bleibt es bey mehrmals angezogener höchster Verordnung mit dem Beseße, daß solche, von der Vertheilung an, eigenthümlich gewordene Waldantheile der einzelnen Gemeindsglieder niemals unter die Schätzung der Güter in Rücksicht der Landemien gezogen, noch in die Saal- und Lagerbücher eingetragen, noch hierauf von den Grundherren andere Bürden gelegt werden sollen.

Daß die Jurisdiction, wenn selbe vorhin über die Gemeinbewaldung Churfürstlich war, in der nämlichen Eigenschaft auch über die einzelnen Waldtheile bleibe, versteht sich von selbst.

So viel aber die Veräußerlichkeit, und also die Trennung von den Gütern betrifft, haben Seine Churfürstliche Durchlaucht zc. auch auf beßfalls von Höchstdero lieben und getreuen Landschaft erhaltene unterthänigste Vorstellung, und weil es in jeder Rücksicht bedenklich wäre, ein Gut von dem Holzgrunde zu trennen, gnädigst zu beschließen Sich bewogen gefunden, daß ein solcher Holzantheil, obgleich derselbe nach dem, was oben versehen ist, kein eigentliches Pertinens von dem Gute ist, doch niemals vom Gute hinweg solle veräußert werden können. —

Es haben sich demnach sämtliche Richter und Obrigkeit nach gegenwärtig höchster Erläuterung und Verordnung genauest zu achten, und diese jederzeit pro norma zu halten. Gegeben München den 19. October 1795.

Churpfalzbaierische obere Landesregierung.



Sehr. Kroiß.



